

Protokoll:	Ausschuss für Stadtentwicklung und Technik des Gemeinderats der Landeshauptstadt Stuttgart	Niederschrift Nr.	205
		TOP:	3
Verhandlung		Drucksache:	
		GZ:	
Sitzungstermin:	30.06.2020		
Sitzungsart:	öffentlich		
Vorsitz:	BM Pätzold		
Berichterstattung:	Herr Dr. Frehn (Planersocietät)		
Protokollführung:	Frau Schmidt / de		
Betreff:	Ergebnisse der Grundlagenerhebung "Eine lebenswerte Stadt für alle" - mündlicher Bericht durch Büro Planersocietät -		

Der Antrag Nr. 231/2020 vom 18.06.2020 der Fraktion Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei ist dem Originalprotokoll sowie dem Protokollexemplar für die Hauptaktei beigelegt.

Die zu diesem Tagesordnungspunkt gezeigte Präsentation kann aus Kapazitätsgründen nicht als Dateianhang hinterlegt werden. Sie ist dem Originalprotokoll und dem Protokollexemplar für die Hauptaktei in Papierform beigelegt.

Die Tagesordnungspunkte 3 "Ergebnisse der Grundlagenerhebung "Eine lebenswerte Stadt für alle", mündlicher Bericht durch Büro Planersocietät" und 4 "Lebenswerte Stadt für alle: Kronprinz, Gymnasium- und Lange Straße aufwerten, gemeinsamer Antrag Nr. 161/2019 v. 06.05.2019 (90/GRÜNE), SÖS-LINKE-PluS" werden gemeinsam aufgerufen. Die Aussprache ist in NNr. 205 wiedergegeben.

Herr Dr. Frehn (Büro Planersocietät) berichtet in komprimierter Form im Sinne der Präsentation (TOP 3). Im Anschluss folgt die Stellungnahme der Verwaltung zum Antrag Nr. 161/2019 (90/GRÜNE, Fraktionsgemeinschaft SÖS-LINKE-PluS), die von Herrn Wallisch (ASW) ebenfalls anhand einer Präsentation vorgestellt wird (TOP 4). Abschließend erläutert er den Vorschlag der Verwaltung, wonach ein Grundsatzbeschluss zur

Umwidmung der entbehrlichen Straßenabschnitte erfolgen solle, der Auftrag an die Verwaltung erteilt werde, mit dem Parkhausbetreiber in Verhandlungen zu treten sowie in die Ausarbeitung von Umgestaltungsplänen eingetreten werde.

Zustimmung zur weiteren Umsetzung des Grundsatzbeschlusses "Lebenswerte Innenstadt" äußert StR Winter (90/GRÜNE). Das Gutachten habe eindrücklich bestätigt, wie sich die Parkplatzauslastungen sowie das Verhältnis der Stellplätze in Parkhäusern und im öffentlichen Raum darstellten (+10.000 in Parkhäusern am Cityring, 339 im öffentlichen Raum). Durch Rückeroberung des Straßenraumes biete sich eine völlig andere Qualität. Er bitte um Zusendung der Präsentation; die Inhalte müssten der Öffentlichkeit dargestellt werden. Der vorgeschlagene Grundsatzbeschluss könne heute auf den Weg gebracht werden, durch den eine gute Aufenthaltsqualität für die Lange und Gymnasiumstraße gewonnen werden könne.

StR Dr. Vetter (CDU) moniert, dass die umfangreiche Präsentation nicht im Vorfeld zur Verfügung gestellt worden ist. Es sei eine Zumutung gewesen, in der Kürze der Zeit alle Informationen des Vortrages aufzunehmen. Er bitte darum, zukünftig solche Präsentationen früher zu verschicken. Des Weiteren kritisiert er die Formulierung im Antrag, wonach eine lebenswerte Stadt "für alle" thematisiert werde. Es sei anmaßend, wenn einzelne Fraktionen für alle Bürgerinnen und Bürger der Stadt sprächen. In diesem Zusammenhang nennt der Stadtrat einige Zahlen zum Verkehrsaufkommen, z.B. in der Lautenschlagerstraße (2.400 Kfz, 140 Fahrräder), Bolzstraße (3.700 Kfz, 400 Fahrräder). Dem gegenüber seien die Parkplätze zwischen 7 und 19 Uhr sehr gut genutzt mit teilweise einer Auslastung über 80 %. Einzelne Parkhäuser seien qualitativ leider schlecht und würden nicht nachgefragt. Er verweist auf die Bürgerumfrage 2019, wonach 79 % der Bevölkerung sehr zufrieden mit der Lebensqualität in Stuttgart seien. Es gebe also auf Basis der bestehenden Situation bereits ein gutes Level in der Stadt. Er denke nicht, dass Einzelmaßnahmen dazu in der Lage seien, dieses auf über 80 % oder gar 90 % anzuheben. Angesichts des Rechtsanspruches des Parkhausbetreibers dürfe heute kein Grundsatzbeschluss getroffen, sondern müsse zuerst das Gespräch mit dem Parkhausbetreiber gesucht werden.

Der Forderung eines Vorab-Versandes der Präsentation schließt sich StR Ozasek (Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei) an. Dadurch wäre eine bessere Vorbereitung möglich geworden. Der Zielbeschluss der lebenswerten Stadt sei einer der wichtigsten stadtpolitischen Impulse in diesem Jahrzehnt. Er knüpfe an die Ausweisung der Königstraße als Fußgängerzone in den 1970er Jahren an und führe zu mehr Urbanität und einer Stadt für Menschen. Ziel sei das Konzept der europäischen Stadt mit neuer Mobilitätskultur im Stadtkern. Die Grundlagenuntersuchung habe gezeigt, dass es ein Überangebot an Parkplätzen gebe; die Parkplätze im öffentlichen Raum könnten problemlos entfallen; ebenso könnten Stellplätze in Tiefgaragen und Parkhäusern schrittweise aus dem Stadtkörper herausgenommen werden. Andererseits gebe es Bedarfe, die noch nicht abgebildet würden, wie etwa mehr Radabstellanlagen. Es gebe ein großes Problem bei den Lieferverkehren, denn 50 % fänden außerhalb der ausgewiesenen Lieferzeitfenster statt. Es werde ein technisches Sperrsystem benötigt, um dieser Problematik zu begegnen. In verschiedenen Randbereichen müsse die Fußverkehrs- und Aufenthaltsqualität optimiert werden. Letztendlich gehe es um die Frage, wie eine lebenswerte Innenstadt für alle erreicht werden könne. Zentrale Maßgabe sei die maximale Ausdehnung der Fußgängerzone, davon „abgezogen“ die Zufahrten im Shared-Space-Prinzip zu Parkierungsanlagen. Der Berichterstattung könne er nicht entnehmen, wie dieses Ziel erreicht werden könne. Er wünsche seitens der Verwaltung einen kon-

kreten Umsetzungsplan für den Zielbeschluss. Es sei nicht akzeptabel, dass der Gemeinderat wiederholt Anträge zu verschiedenen Straßenzügen stellen müsse. Er sei davon ausgegangen, dass es bereits Verhandlungen mit dem Parkhausbetreiber gebe. Die zweite Zufahrt müsse herausgenommen und die Straßenzüge umgewidmet werden. Somit stimme er dem heutigen Grundsatzbeschluss zu. Bezüglich des weiteren Verfahrens verweist er auf den Antrag Nr. 231/2020 (Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei) hin, worauf er Antworten erwarte. Dafür sei die Grundlagenuntersuchung nicht ausreichend.

Auf die Unterschiede zwischen Lebensqualität in Stuttgart und Aufenthaltsqualität in der Innenstadt weist StRin Kletzin (SPD) hin. In diesem Spannungsfeld befinde man sich. Eine gewisse Ungeduld bei der Umsetzung des Zielbeschlusses sei nachvollziehbar. Die Grundlagenuntersuchung habe die bisher schwierigen Punkte dargestellt, nämlich den Wegfall sämtlichen Parkverkehrs im öffentlichen Raum und die Zufahrten zu den Parkgaragen. Bei der Auslastung der Parkhäuser müsse etwas geändert werden. Interessant seien die Ergebnisse der Verkehrszählung in der Langestraße, die stark belastet sei. Bedenken äußert sie hier bei den Möglichkeiten zur Zufahrt. In der Gymnasium- und Langestraße könne die Aufenthaltsqualität ansprechend gesteigert werden. Anders verhalte es sich bei der Kronprinzstraße, wo es lediglich um die Fortsetzung des Platzes gehe; es stelle sich die Frage, ob dies sinnvoll sei. Es gehe um die Untersuchung, welche Aufenthaltsqualität in diesen Bereichen geschaffen werde. Auch wenn Verkehr herausgenommen werde, bleibe ein gewisser Teil (Gehbehinderte, Taxis etc.) erhalten. Dies müsse im Vorfeld geklärt werden. Sie plädiere daher für eine vorsichtigeren Herangehensweise.

Auf Ablehnung stößt der Verwaltungsvorschlag bei StR Serwani (FDP). Zum einen sei die Präsentation der Untersuchungsergebnisse "im Schnelldurchlauf" erfolgt, zum anderen wolle er die Stellungnahmen des Bezirksbeirates Mitte sowie der Parkhausbetreiber abwarten. Die Ergebnisse der Untersuchung bewiesen, dass Stuttgart als Einkaufsstadt nach wie vor interessant sei. Zu den Parkhäusern merkt er an, dass einige davon schlecht ausgestattet seien. Dazu müssten mit den Betreibern Gespräche geführt werden, um Verbesserungen zu erzielen.

In ähnlicher Form äußert sich StR Zeeb (FW). Vor einer Beschlussfassung müssten zudem die von StRin Kletzin aufgeworfenen Detailfragen geklärt werden. Zusätzlich zur Stellungnahme des Bezirksbeirates müsse bei den Parkhausbetreibern abgefragt werden, was sie zur Steigerung der Qualität zu tun gedenken. Er bitte um eine Verschiebung der Entscheidung.

Neben dem Analysezeitraum (3. Quartal 2019 - 1. Quartal 2020) stößt auch die Wortwahl der Präsentation bei StR Goller (AfD) auf Kritik. Quartale hätten unterschiedliche Nutzungsstrukturen (Einkaufsmöglichkeiten, Abendgestaltung etc.); die Beobachtung über ein ganzes Jahr wäre sinnvoller gewesen. Begriffe wie "Kfz-Dominanz" würden bereits als Negativkriterium definiert. Es sei nicht Ziel, die Stadt zur Fußgängerzone zu erklären. In der Frage der oberirdischen Parkplätze und Stellplätzen in Parkhäusern würden "Äpfel mit Birnen verglichen". Es gehe nicht nur um die Qualität der Parkhäuser, sondern um die Fragmentierung. Kleinere Parkhäuser seien generell sehr ineffizient, um überhaupt einen Parkplatz zu finden. Der Lieferverkehr trage nur einen kleinen Teil zum gesamten Verkehrsaufkommen bei und dürfe nicht gestört werden.

BM Pätzold greift anhand Folie 3 der Präsentation die zeitliche Entwicklung auf. Die ausführliche Grundlagenerhebung sei sehr wichtig, um die Größenordnungen detailliert darzustellen. Nun folge eine Konzeption zur Straßenraumgestaltung, denn Ziel sei, einen besseren öffentlichen Raum zu erhalten und die Qualität zu steigern. Gegenüber StR Goller verweist er auf die Stadt London, die die größte autofreie Zone einer Landeshauptstadt plane. Stuttgart sei in diesem Bereich nicht die "Speerspitze".

Auf Nachfrage des Vorsitzenden erklärt StR Winter, es könne über den Verwaltungsvorschlag abgestimmt werden. BM Pätzold stellt folgende Punkte zur Abstimmung (Folie 8) und stellt fest:

1. Grundsatzbeschluss zur Umwidmung der entbehrlichen Straßenabschnitte
2. Auftrag an die Verwaltung, in Verhandlungen mit dem Parkhausbetreiber zu treten
3. Auftrag zur Ausarbeitung von Umgestaltungsplänen

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Technik stimmt diesen Punkten bei 9 Ja- und 6 Gegenstimmen mehrheitlich zu.

Zur Beurkundung

Schmidt / de

Verteiler:

- I. Referat SWU
zur Weiterbehandlung
Amt für Stadtplanung und Wohnen (5)
Amt für Umweltschutz
Baurechtsamt (2)

- II. nachrichtlich an:
 1. Herrn Oberbürgermeister
 2. S/OB
S/OB-Mobil
 3. Referat WFB
Stadtkämmerei (2)
Liegenschaftsamt (2)
 4. Referat SOS
Statistisches Amt (2)
Amt für öffentliche Ordnung
 5. BVinnen Mitte, Nord, Ost
BV Süd, West
 6. BezÄ Ca, Bo, De, Feu, Hed,
Mö, Mühl, Mün, Ob, P-B, Si,
Sta, Un, Vai, Wa, Weil, Zu
 7. Rechnungsprüfungsamt
 8. L/OB-K
 9. Hauptaktei

- III.
 1. Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
 2. CDU-Fraktion
 3. Fraktionsgemeinschaft Die FrAKTION
LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei
 4. SPD-Fraktion
 5. FDP-Fraktion
 6. Fraktion FW
 7. AfD-Fraktion
 8. Fraktionsgemeinschaft PULS